

Stand: 01.03.2020 17:36:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6209

"Gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit erhalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/6209 vom 06.02.2020
2. Beschluss des Plenums 18/6388 vom 06.02.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 06.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Brexit die Fragilität der Europäischen Union offengelegt hat. Eine gütliche Einigung und Trennung im Guten von unseren britischen Freunden konnte nicht realisiert werden.

Der Landtag begrüßt die demokratische Entscheidung des britischen Volkes, die Europäische Union zu verlassen und bekennt sich ausdrücklich zur Freundschaft des britischen und deutschen Volkes.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschlossen wird, das für beide Seiten profitabel ist. Ein abruptes Ende der erfolgreichen Handelsbeziehungen ist insbesondere aufgrund des jährlich knapp 15 Mrd. Euro umfassenden Exportvolumens nicht im bayerischen Interesse.
- eine sinnvolle Kooperation im Bereich Forschung weiterhin stattfindet. Sowohl in den Forschungsprogrammen, z. B. Horizont 2020, als auch in der direkten Hochschulkooperation war die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich im beiderseitigen Interesse. Eine fruchtbare Fortführung soll gewährleistet werden.

Der Landtag fordert die Staatsregierung darüber hinaus auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027 den Ausfall der Beitragszahlungen des Vereinigten Königreiches durch Verkleinerung des EU-Budgets ausgleicht. Eine Anhebung des deutschen Beitrages zum Ausgleich der Deckungslücke darf es nicht geben.

Der Landtag bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft mit dem Vereinigten Königreich und fordert die Staatsregierung auf, die eigenen Beziehungen zur Regierung des Vereinigten Königreiches zu intensivieren. In diesem Zusammenhang soll die Freundschaft der Regionen ebenso in erheblichem Maße gefördert werden. Diesbezüglich soll der Schüleraustausch zwischen Partnerstädten Bayerns und dem Vereinigten Königreich ausgebaut werden.

Begründung:

Die Verhandlungen eines Austrittabkommens wurden seitens der EU erst ernst genommen, nachdem der Austritt bereits vollzogen wurde. Mit der Haltung von Herrn Barnier und anderen Akteuren der EU, dass am Vereinigten Königreich ein Exempel statuiert werden müsse, wurde kein produktives Ergebnis erzielt werden. Erst nach dem offiziellen Brexit wurde der Ernst der Lage erkannt und eine Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue

Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abgegeben.

Dieser vorhersehbaren Entwicklung, welche das Potential zu hohen wirtschaftlichen Schäden hat, muss im Interesse der bayerischen Wirtschaft nun konsequent entgegen gewirkt werden. Nur mit den Briten als verlässliche Handels- und Kooperationspartnern können der Wohlstand, der zu einem nicht unwesentlichen Teil auf Exporten fußt, erhalten und Arbeitsplätze gesichert werden.

Weiterhin ist die historische Freundschaft zum Vereinigten Königreich ein Bestandteil des Freistaates. Unsere bayerischen Interessen dürfen nicht den machtpolitischen Spielchen von EU-Funktionären und einem falschen Verständnis von Partnerschaft geopfert werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/6209

Gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit erhalten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Martin Böhm

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Helmut Markwort

Abg. Dr. Fabian Mehring

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Brexit am 31. Januar 2020 - Mit dem Vereinigten Königreich eng verbunden bleiben (Drs. 18/6157)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit erhalten! (Drs. 18/6209)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Großbritannien hat am vergangenen Wochenende die Europäische Union verlassen. Der Brexit ist nun Realität. Wir bedauern ausdrücklich den Austritt des Vereinigten Königreichs.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Aber jetzt gilt es, mit dieser Situation umzugehen und tragfähige Regeln für ein Miteinander in der Zukunft zu finden. Großbritannien war nicht einfach nur ein Mitglied in der Europäischen Union. Es war gerade für Deutschland und Bayern in vielen Bereichen ein echter Partner. Enge Verbindungen in Wirtschaft, Bildung, Forschung und Sicherheitspolitik, aber vor allem auch zwischen den Menschen haben diese Partnerschaft geprägt. Nun gilt es, diese Verbindungen auch nach dem Brexit aufrechtzuerhalten.

Klar ist aber auch, dass das Vereinigte Königreich nach seinem Ausscheiden nicht die gleichen Vorteile wie ein Mitgliedstaat haben kann. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich der EU-Kommission und Michel Barnier für die umsichtige und

stringente Verhandlungsführung danken, die bei aller Freundschaft auch immer deutlich gemacht hat: Es ist besser, drin zu sein als draußen. Denn damit wird auch anderen Mitgliedstaaten klar: Die Europäische Union ist und bleibt die große Idee für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Das Vereinigte Königreich und Bayern sind wirtschaftlich eng verflochten, vor allem im Bereich der Automobilindustrie. Im Jahr 2018 gingen Waren im Wert von 12,8 Milliarden Euro und damit 6,7 % aller bayerischer Ausfuhren nach Großbritannien. Die Folgen des Brexits waren bereits im letzten Jahr spürbar. In den ersten drei Quartalen 2019 gingen die bayerischen Exporte auf die Britischen Inseln um 3,5 % zurück. Zuletzt hatten bayerische Unternehmen im Vereinigten Königreich rund 20,5 Milliarden Euro investiert, britische Unternehmen in Bayern knapp 15 Milliarden Euro. Solche Investitionen sind langfristig ausgerichtet und brauchen ganz besonders Planungssicherheit.

Der Leitgedanke in den anstehenden Verhandlungen muss sein, diese engen wirtschaftlichen Beziehungen auch weiterhin fortzusetzen, um auch in Handelsfragen auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China aufzutreten. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens verliert die Europäische Union einen ganz zentralen Akteur einer europäischen Sicherheitsarchitektur. Auch im Bereich von Bildung und Forschung müssen wir hier einen Verlust beklagen. Vom Schüleraustausch über das Auslandsstudium bis zu gesamteuropäischer Spitzenforschung war diese Partnerschaft von großer Bedeutung.

Dieser Austausch muss auch nach dem Ausscheiden Großbritanniens weiterhin möglich sein. Aber auch die soziale Absicherung von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen – Familie, Beruf, Ausbildung – ihren Wohn- und Arbeitsort zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich wechseln, muss in Zukunft geregelt sein, zum Beispiel bei der Anerkennung von Rentenzeiten.

Der Freistaat Bayern unterhält seit Langem enge und partnerschaftliche Beziehungen nicht nur zur Zentralregierung in London, sondern auch zu den einzelnen Regionen Großbritanniens, insbesondere zu Schottland. Diese wollen wir ungeachtet des Austritts des Vereinigten Königreichs auch in Zukunft weiter pflegen und in besonderem Maße ausbauen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die Ankündigung unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dass Bayern bereits eine Repräsentanz in London plant.

Aus all diesen Gründen lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der AfD ab. Wir begrüßen es eben nicht, dass Großbritannien die EU verlässt. Wir bedauern das. Wenn Sie von der AfD das Ausscheiden eines Mitgliedstaats aus der EU begrüßen, dann zeigt das doch, was Sie von der EU, von Europa, von der europäischen Idee halten – gar nichts. Insgeheim geht es Ihnen auch gar nicht darum, nur den Austritt Großbritanniens zu begrüßen. Ihnen geht es darum, die Europäische Union zu zerstören und sie aufzulösen.

(Ralf Stadler (AfD): Sie zerstören doch die EU! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Unterstellung!)

Erinnern wir uns doch an das, was im Zuge des Brexit alles passiert ist. Wir haben die Meldung gelesen, dass die britische Regierung massenweise Kühlschränke ordert, um Medikamente und Spezialnahrung zu horten, weil sie Angst hatte vor Lieferengpässen im Fall eines harten Brexit. Wir haben die Meldung gelesen, dass 3.500 Soldatinnen und Soldaten in Alarmbereitschaft versetzt wurden, um möglichen Szenarien wie Plünderungen vorzubeugen, weil die britische Regierung genau das für den Fall eines harten Brexit befürchtet hat. Versorgungengpässe für Großbritannien bei Medikamenten und Lebensmitteln, die Mobilisierung von Polizeieinheiten zur Verhinderung von Plünderungen, falls es zum harten Brexit kommt – diese Gefahr ist übrigens immer noch nicht gebannt –: All das wollen Sie also begrüßen und für gut befinden. Sie zeigen wieder einmal, dass Sie die deutsche Brexit-Partei sind. Sie stehen für Chaos in der Außen- und Europapolitik.

(Ralf Stadler (AfD): Wir stehen für Reformen in Europa! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist Realität!)

Sie stehen nicht für Reformen, Sie haben selbst auf dem Bundesparteitag den Austritt aus der Europäischen Union beschlossen. Ihnen geht es darum, die Axt an das Fundament Europas zu legen. Wer wie Sie das Ausscheiden aus der EU begrüßt, der will Nachahmer provozieren, der will die EU zerstören und der will, wie gesagt, die Axt an das Fundament unserer Zukunft legen.

Wir lehnen daher den Antrag der AfD ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Intention des CSU-Antrags kann ich durchaus teilen, mehr allerdings auch nicht. Gute Beziehungen zu unseren britischen Freunden sollten uns allen ein wichtiges Anliegen sein. Wie peinlich ist es dann, dass dieser Antrag ausgerechnet von Ihnen kommt. Eure Machtspiele, euer Liebkosen des EU-Molochs, euer Missachten des britischen Volkswillens und die Arroganz eurer EVP-Fraktion bei den Brexit-Verhandlungen der letzten Jahre waren es doch, die diesen Antrag erst notwendig gemacht haben. Den Bürgern im UK die Mündigkeit zur Freiheit abzusprechen, das hat seit dem Juni 2016 euer Handeln geleitet.

(Beifall bei der AfD)

Doch kaum schütteln die Briten gegen den massiven Widerstand der Etablierten die Ketten der EU ab, da geht die blanke Panik um. Während wir als freiheitlich patrioti-

sche Partei den Wettbewerb souveräner Nationalstaaten und das beste Wirtschaftskonzept unterstützen, während wir dem UK die Hoheit über seine Grenzen gönnen und während wir es gemeinsam mit vielen Briten begrüßen, dass deren Sozialsystem nun wieder selbstbestimmt ist, während wir uns also für die Menschen ob derer wiedergewonnen Eigenständigkeit freuen, fürchten Sie nichts mehr als die Freiheit der anderen.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Weil wirkliche Freiheit nicht in Ihr EU-geschwängertes Weltbild passt, ein Weltbild, das die eigene Nation lieber mit 26 anderen zum Einheitsbrei verrührt sieht, anstatt der Welt die eigenen Tugenden und Stärken zu beweisen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wie Frieden und Wohlstand, den wir der EU zu verdanken haben!)

– Lieber Kollege Mehring, auch Sie müssen akzeptieren, dass die Demokratie Spielregeln hat. Jetzt bin ich dran, und nicht Sie! Zum Glück.

(Beifall bei der AfD)

Bewahrt vor grenzenloser Migration, befreit von untauglichen Verordnungen und beschützt vor einer übergriffigen EU-Justiz: Das ist UKs sonnige Zukunft. So kann das Vereinigte Königreich künftig zielgerichtet auf die Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft und des eigenen Volkes eingehen und aufrecht der Beschränktheit dieser EU entgentreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Die Einsparungen der bisher an die EU entrichteten Netto-Ablasszahlungen verschafft den Briten den dafür notwendigen Gestaltungsspielraum. – Und auch für Sie gilt: Res-

pektieren Sie, dass das Parlament der Transmissionsriemen des Volkes ist. Das Volk hat uns dazu bestimmt, hier zu stehen.

(Unruhe – Beifall bei der AfD – Zurufe)

Ihnen sage ich die Meinung, solange mir das passt! Und jetzt sind Sie ruhig!

Noch mehr als dieser Barnier den sich auf andere Staaten ausbreitenden Ruf nach Freiheit fürchtet, fürchten Sie das Erblühen eines europäischen Hongkong. Belastet oder befruchtet Hongkong die asiatische Hemisphäre? – Nein, es bereichert sie. Und genau so wird der Leuchtturm London ein europäischer Leuchtturm sein, aber nicht mehr der EU gehören.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sollen wir jetzt auswandern?)

An UKs Gestaltung als effizienter und schlanker Staat werden sich immer mehr europäische Länder ein Beispiel nehmen, Länder, deren Bürger aufwachen und nicht länger bereit sind, ihre hart erarbeiteten Steuermilliarden in der EU-Bürokratie versickern zu sehen.

Die Verhandlung des Austrittsabkommens fällt in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft. Die Kommission hat nichts Besseres zu tun, als diese schwierige Zeit mit einer langatmigen und groß geplanten EU-Zukunftskonferenz zu schmücken; deren Akteure sind vordergründig nicht demokratisch legitimierte NGOs,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

lieber Herr Kollege Brunn oder von Brunn, wie Sie auch immer heißen.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bin nicht Ihr Kollege!)

Deren Ziel ist das Etablieren einer 2006 zum Glück gescheiterten Europäischen Verfassung durch die Hintertüre.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich schlage Ihnen vor, nach London umzuziehen!)

Der Staatsregierung geben wir den Auftrag, sich für gedeihliche Handelsabkommen, sinnvolle Kooperationen und die unverbrüchliche Freundschaft souveräner Nationalstaaten einzusetzen – das alles in einer Art, die geeignet ist, als Blaupause für die Verhandlungen mit weiteren Exit-Ländern zu dienen, deren Bürgern Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsordnung wichtiger sind als der von der EU genährte Multilateralismus, der meist deren eigene Protagonisten ernährt.

(Beifall bei der AfD)

Stimmen Sie nicht dem CSU-Antrag, stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Abgeordneter. Gleich noch zur Information: Für Ruhe sorgen wir hier vom Präsidium. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Martin Huber gemeldet. Bitte, Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Böhm, ich bin etwas verwirrt; als ich in meiner Rede darauf hingewiesen habe, dass der eigentliche Ansatz der AfD ist, Europa zu zerstören und aus der Europäischen Union auszutreten, wurde mir per Zwischenruf mitgeteilt, das wäre eine Unterstellung. Nach Ihrer Rede fühle ich mich mehr denn je darin bestärkt, dass genau das Ihr Ansatz ist.

Deshalb meine ganz konkrete Frage: Wollen Sie, dass Deutschland aus der Europäischen Union austritt?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Martin Böhm (AfD): Wenn sich die Europäische Union in der Art gebärdet, wie sie es zurzeit gegenüber ihren Mitgliedsländern tut, dann wird auch ein "Dexit" die Wahl der

Stunde sein. Diese Zeit wird kommen; darauf können Sie sich verlassen. Ich persönlich werde das mit aller Kraft unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob wir alle dieselben vergangenen dreieinhalb Jahre erlebt haben wie der Herr Kollege Böhm, der hier groß herausposaunt hat, welche Eigenständigkeit Großbritannien in diesen vergangenen dreieinhalb Jahren gezeigt habe.

Wenn wir zurückblicken auf das Jahr 2016 und das Brexit-Referendum, erkenne ich zwei Dinge: Ich habe einerseits eine EU der 27 erlebt, die in den Verhandlungen immer klar zusammengestanden hat, die immer klar kommuniziert hat, welche ihre Ziele sind, nämlich zu schauen, was man für die EU-Bürgerinnen und -Bürger in Großbritannien tun kann, wie man die wirtschaftlichen Beziehungen im Ausgleich halten kann und wie man es schafft, dass die Partnerschaft nicht abreißt. Ich habe andererseits ein Großbritannien erlebt, das von der Regierung ohne Mehrheit, die am Ende zerbrochen ist, in diese Verhandlungen geführt worden ist, das von innenpolitischer Instabilität geprägt und von politischem Stillstand gekennzeichnet war. Herr Kollege Böhm, wenn das Ihre Vorstellung von Eigenständigkeit, von Rückeroberung von Souveränität ist, dann sind Sie, glaube ich, damit hier im Saal ganz allein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Niemand in der EU wollte diese Zustände in Großbritannien in den letzten dreieinhalb Jahren. Es hat auch niemandem genutzt, sondern es bestand immer das Interesse, auf Augenhöhe möglichst gut miteinander zu verhandeln. Deswegen wird der

31.01.2020 als Austrittstag Großbritanniens auch als ein bedauerlicher Tag für die europäische Einigung in die Geschichte eingehen.

Aber wir und viele Abgeordnete auf europäischer Ebene werden Großbritannien weiterhin eng verbunden sein. Das zeigt die UK-EU Friendship Group im Europäischen Parlament. Ich bin der Meinung, dass aus dem Zusammenhalt, den die EU 27 in den Verhandlungen gezeigt haben, jetzt auch noch ein Aufbruch entstehen sollte. Gelegenheiten gibt es genug: eine Konferenz dazu, wie wir Europa in Zukunft gestalten wollen, einen Green Deal, der es uns ermöglicht, die Wirtschaft in Europa ökologisch zu transformieren, der aufzeigt, wie wir Europa in den nächsten Jahren weiterentwickeln können und wie wir dieses tolle Projekt für Frieden, Wohlstand und besseren Klimaschutz in den nächsten Jahren weiterführen können.

Wer aber all die Mehraufgaben will – wir haben letztes Jahr hier die Forderung des Ministerpräsidenten in seiner europapolitischen Regierungserklärung gehört, dass die Europäische Union mehr Verantwortung übernehmen soll, gerade im Klimaschutz –, dem muss das an der einen oder anderen Stelle auch Mehrausgaben wert sein. Das ist der einzige Punkt, an dem ich nicht ganz mit dem CSU-Antrag d'accord bin. Wir sind der Auffassung, dass der, der fordert, die EU müsse viel leisten, auch bereit sein muss, für den mehrjährigen Finanzrahmen viel zur Verfügung zu stellen.

Wenn es aber jetzt um die zukünftigen Beziehungen mit der Europäischen Union geht, sollten diese natürlich eng sein angesichts all der Verflechtungen, die wir miteinander haben. Vieles ist schon angesprochen worden.

Bei Betrachtung der wirtschaftlichen Beziehungen sehen wir: Die Hälfte der Einfuhren nach Großbritannien kommt aus der EU, die Hälfte der Ausfuhren aus Großbritannien geht in die EU. Im Vergleich dazu sind es nur 10 % bei den USA. Dasselbe gilt für den wissenschaftlichen Austausch, für die vielen EU-Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien sowie die Bürgerinnen und Bürger aus Großbritannien, die nach wie vor hier leben, und für die unzähligen Partnerschaften. Es ist ein Novum, dass wir nun das

erste Mal über weniger enge Beziehungen zueinander verhandeln werden; bisher standen immer engere Beziehungen im Fokus. Die britische Regierung hat klargestellt, sie will keinen Verbleib im Binnenmarkt, weil sie nicht an den europäischen Standards festhalten will. Sie will keine Zollunion, und sie möchte auch kein Assoziierungsabkommen, so zumindest die Aussagen des britischen Premierministers. Übrig bleibt ein Freihandelsabkommen mit Marktzugang bis Jahresende.

Die EU bietet gute Beziehungen an, aber eben nur gegen faire Verhandlungen und unter fairen Bedingungen. Für Freihandelsabkommen bzw. für ein Freihandelsabkommen, das die Europäische Union mit Großbritannien aushandeln wird, gelten genau dieselben Regeln, die auch für andere Freihandelsabkommen gelten sollten. Das heißt für uns GRÜNE: keine Absenkung von Standards bei Menschenrechten, im Arbeits- und Sozialbereich, beim Verbraucherschutz, beim Klima- oder Umweltschutz, Einhaltung des Vorsorgeprinzips, keine Investitionsschutzklauseln und kein Offshore-Finanzparadies, wie sich das mancher Brexiteer vielleicht ausgemalt haben mag.

Ich wünsche mir, dass die Verhandlungen mit einer Stimme und so geschlossen geführt werden, wie bisher die Austrittsverhandlungen geführt worden sind. Ich wünsche mir faire Bedingungen für die zukünftigen Beziehungen, und ich wünsche mir, dass eine Tür für einen etwaigen Wiedereintritt – und mag er erst in zwei Jahrzehnten stattfinden – immer offensteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Böhm, ich halte fest, was Sie vorhin in den Raum geschrien haben: Sie wollen den "Dexit", Sie wollen Europa nicht reformieren, Sie wollen Europa zerstören. – Das haben Sie vorhin ganz klipp und klar gesagt. Diese Position ist nicht tragbar, nicht haltbar und unerträglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber kommen wir zum Antrag: Wir reden heute wieder mal über den Brexit. Ich saß gestern noch mit Jugendlichen des BDKJ zusammen und habe ihnen von der heutigen Agenda erzählt. Sie meinten: Warum redet ihr schon wieder über die, die rauswollten? Redet doch über die, die drinbleiben wollen oder die reinwollen. – Deswegen will ich mich auch auf einen Teil des Antrags beschränken. Ansonsten unterstütze ich die Ausführungen des Kollegen Dr. Huber voll und ganz.

Ich erlebe bei uns in Bayern Ministerien, die gut vorbereitet sind; ich erlebe Betriebe, die gut vorbereitet sind. Wir sind auf diesen Weg zum Brexit gut vorbereitet. Mir ist wichtig, dass die Teile Großbritanniens, vor allem Schottland als ein enger Partner Bayerns, die eng an die EU angebunden sein wollen, die, wenn es irgendwie geht, auch wieder in die Europäische Union zurückwollen, unsere Unterstützung erfahren. Bayern und Schottland verbindet mehr als die Tatsache, dass unser Herzog von Bayern auch der König von Schottland werden könnte. Wir haben, obwohl der Markt relativ klein ist, enge Beziehungen. Wir haben viele gemeinsame Themen. Ich nenne innovative Bereiche wie Energie oder Antriebstechnologien. Und wir haben bereits fundierte enge Beziehungen durch Abkommen, die von der damaligen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und von Hubert Aiwanger, zuletzt im letzten Jahr, vertieft wurden. Unser Blick als FREIE WÄHLER richtet sich innerhalb Großbritanniens auf die Landesteile, vor allem auf Schottland, die in die Europäische Union zurückwollen. Die Regierungschefin von Schottland hat vor Kurzem gesagt: Der Weg zurück ins Herz Europas führt für uns über die Unabhängigkeit.

Ich sage ganz ehrlich: Wenn es so sein muss und wenn Schottland das will, dann stehen wir FREIE WÄHLER dafür, den Weg Schottlands zurück in die Europäische Union zu unterstützen. Wir unterstützen den Weg Schottlands in die Unabhängigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Gotthardt. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Böhm von der AfD gemeldet. Herr Böhm, bitte.

Martin Böhm (AfD): Verehrter Kollege Gotthardt, Sie unterstellen, wir würden Europa zerstören wollen. Wir wollen nicht Europa zerstören, wir wollen die EU zerstören. Wir wollen ein Europa befreundeter souveräner Nationalstaaten pflegen und erhalten. Das ist der Unterschied in der Herangehensweise. Da müssen Sie noch viel dazulernen.

(Unruhe)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Böhm, jetzt tue ich Ihnen einen Gefallen und sage: Sie haben sogar recht, Sie wollen die EU zerstören; aber wer die EU zerstört, der zerstört auch Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Herr Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag intendiert eine gute Nachbarschaft und gute partnerschaftliche Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu Bayern. Das mutet auf den ersten Blick ein wenig nach parlamentarischer Prosa an; denn die proeuropäischen Parteien hier im Hohen Hause werden sich sehr schnell darin einig sein, dass man sich hinter diesem Ziel versammeln kann und es hier nicht zu einem offenen Schlagabtausch zwischen der Sozialministerin und dem Wirtschaftsminister kommt, wie wir es eben bei einem anderen Dringlichkeitsantrag erleben durften.

Trotzdem ist der Antrag sinnvoll und notwendig. Es geht um mehr als um eine Zielbeschreibung, es geht um die Frage, was eigentlich auf dem Spiel steht. Bayern ist nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nicht mehr die siebtgrößte, sondern die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Wir sind in erheb-

lichem Maße wirtschaftlich davon abhängig, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien weiter auf hohem Niveau befinden. 7,3 % aller bayerischen Ausfuhren in den letzten Jahren fanden in Richtung Großbritannien statt. Wir haben 460 bayerische Niederlassungen mit einem Gesamtumsatz von 42 Milliarden Euro alleine in Großbritannien, und die Briten in Bayern haben hier in den letzten Jahrzehnten immerhin 45.000 Arbeitsplätze mit einem Jahresumsatz von fast 30 Milliarden Euro geschaffen.

Das alles steht auf dem Spiel und mehr als das: Es geht auch um die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, der Wissenschaft und der Forschung. Deshalb bedauere ich es, wie meine Vorredner auch, dass es überhaupt zu diesem Austritt gekommen ist.

Wenn Herr Abgeordneter Böhm hier davon spricht, dass nun endlich die Souveränität Großbritanniens über die eigenen Sozialsysteme wiederhergestellt sei, kann ich Ihnen, Herr Böhm, nur entgegnen, dass Sie dann auch feststellen müssen, dass es um die Sozialsysteme in Großbritannien in den nächsten 5, 10, 15, 20 Jahren perspektivisch nicht gut bestellt ist.

(Zuruf von der AfD)

Wie hat sich das Sozialsystem auch in Großbritannien finanziert? Dies erfolgte insbesondere durch die Prosperität, die auf die offenen Märkte in Europa angewiesen war. Wenn diese offenen Märkte für Großbritannien nun nicht mehr in diesem Maße bestehen, werden die Sozialsysteme in der von Ihnen geschilderten Souveränität sehr schnell ins Schlingern geraten. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich möchte noch einen persönlichen Satz sagen, Herr Böhm. Sie haben hier permanent in die Reihen der proeuropäischen Parteien gesagt: Euer Europa, eure EU. – Ich als Sozialdemokrat, als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, verbitte es mir, dass Sie uns in dieser Diktion duzen. Wir sind per Sie, und Sie sollten deshalb die bürgerlichen Gepflogenheiten auch hier im Hohen Haus entsprechend wahren.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich möchte in aller Kürze daran erinnern, dass es natürlich falsch ist, in solchen Situationen wie beim Brexit die falschen Signale auszusenden. Deswegen kann ich es Ihnen, Herr Dr. Huber, trotz Ihrer wirklich guten Rede heute nicht ersparen, noch einmal daran zu erinnern, dass es die CSU-Politiker waren, die David Cameron wenige Wochen vor dem großen Brexit-Entscheid in Großbritannien zur Klausurtagung eingeladen, ihm den roten Teppich ausgerollt und dies mit Formulierungen von Herrn Seehofer, Herrn Söder und Frau Hasselfeldt, dass das, was Cameron mit seinen Ansichten macht, CSU-Politik pur sei, begleitet haben.

Ich sehe, dass sich manche von Ihnen dabei nicht wohlfühlen, wenn ich dies heute noch einmal in Erinnerung rufe. Ich begrüße ausdrücklich, dass es offensichtlich einen Kurswechsel von damals zu heute innerhalb der CSU gegeben hat. Das wollen wir auch ausdrücklich anerkennen. Wir dürfen aber gerade auch angesichts der Aktualität von Thüringen noch einmal daran erinnern: Wer den Populisten die Hand reicht, statt ihnen die Stirn zu bieten, wirkt nicht mit am Gemeinsinn in Europa, nicht in Bayern, nicht in Thüringen und nicht in der Europäischen Union, sondern an der Spaltung unserer Gesellschaften. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Ich füge mit Blick auf die Aktualität in der Bundesrepublik hinzu: Wer sich von radikalen Kräften in höchste Staatsämter wählen lässt, macht sich zum nützlichen Idioten von Demokratieverächtern.

(Zuruf von der CSU: Das gilt aber auch für den Berliner Bürgermeister!)

Ich möchte Ihnen, lieber Herr Kollege Martin Hagen, herzlich dafür danken, dass Sie die Kurve bekommen haben. Das hat jetzt nichts mit kleiner Münze zu tun. Ich sehe es auch als ein Zeichen von Größe an, wenn man in der Kommunikation zunächst in die völlig falsche Richtung geht und am darauffolgenden Tag sagt: Ich habe mich da

etwas verrannt. Es war falsch, zunächst zu bejubeln, dass ein FDP-Ministerpräsident in Thüringen gewählt wurde, es war falsch, die Umstände zu würdigen, dass es mit staatstragender Grundhaltung einherginge.

Eine solche Korrektur ist keine kleine Münze, sondern ein Zeichen von parlamentarischer Größe. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Keine Zwischenbemerkungen? – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, wenn Sie bitte einen Moment am Rednerpult bleiben.

(Der Redner geht an seinen Platz zurück.)

– Okay. Damit hat als nächster Redner der Kollege Markwort von der FDP-Fraktion das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU ist lang, sympathisch und auch voller Selbstverständlichkeiten. Er entspricht der Haltung der FDP. Sie rennen die Türen ein, die wir geöffnet haben. Wir sind schon durch. Im Bundestag hat die FDP ganz ähnliche Appelle an die Bundesregierung gerichtet, wie wir sie jetzt an die Staatsregierung richten. Es sind auch viele Plattitüden enthalten. Natürlich hängt es nicht von der Bayerischen Staatsregierung ab, ob Großbritannien ein Partner der NATO bleibt. Das bayerisch-britische Bündnis ist ungebrochen.

Ich möchte aber doch auf ein paar sprachliche Verwirrungen in dem Antrag hinweisen, die durch den Austritt Großbritanniens deutlicher geworden sind. Europa ist nicht die EU. Da geht es in den Begriffen zwischen der Europäischen Union und Europa durcheinander. Die Europäische Union ist durch den Austritt Großbritanniens leider kleiner

geworden. Das EU-freie Europa mit der Schweiz, Norwegen und Großbritannien ist größer geworden, da dürfen wir nicht verwirren.

Insgesamt stimmen wir jedoch dem Antrag zu. Wenn Sie beantragt hätten, seid nett zueinander und Fairplay gilt, hätten wir auch zugestimmt.

Den Antrag der AfD können wir nicht unterstützen. Sie begrüßen den Austritt. – Wir bedauern den Austritt Großbritanniens, wir vermissen die Liberalen in der Fraktion, wir respektieren das Votum der Bevölkerung in Großbritannien, aber wir freuen uns nicht darüber, dass dieser finanzkräftige, demokratisch-marktwirtschaftlich orientierte Partner die EU verlassen hat.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Markwort, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. Bitte, Herr Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Markwort, nachdem Kollege Rinderspacher den Sachverhalt zum Gegenstand der Debatte gemacht hat, gehe ich davon aus, dass es zulässig ist, sich in einer Zwischenbemerkung darauf zu beziehen. Ich teile ausdrücklich, was der Herr Vizepräsident im Hinblick auf die heutige Meinungsäußerung des Fraktionsvorsitzenden der FDP zum Ausdruck gebracht hat.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zum Thema bitte! Zum Thema sprechen!)

Ich habe allerdings heute Nachmittag auch noch Ihr Statement bei "dpa" wahrgenommen. Deshalb auf diesem Weg die Rückfrage, ob wir davon ausgehen können, dass Sie die Einschätzung Ihres Fraktionsvorsitzenden teilen, oder ob wir damit rechnen müssen, dass Sie es noch immer für falsch halten,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zur Sache sprechen!)

dass Ihr FDP-Kollege in Thüringen die Wahl nicht angenommen hat.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring – –

(Abgeordneter Helmut Markwort (FDP) möchte auf die Zwischenbemerkung antworten)

– Entschuldigung, Herr Markwort. – Herr Mehring, Ihre Zwischenbemerkung muss sich auf die Rede des Kollegen Markwort beziehen und nicht auf die vorherige Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der AfD)

Herr Markwort, bitte schön.

Helmut Markwort (FDP): In einer liberalen Partei und in dieser Fraktion ist es selbstverständlich, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Martin Hagen hat die Mehrheit der Fraktionsmeinungen wiedergegeben. Meine ist nicht dabei.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Ich freue mich nach wie vor, dass es gelungen ist, die rot-rot-grüne Regierung abzuwählen.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Schämen Sie sich!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat der Kollege und Minister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 47 Jahren ist das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union ausgeschieden. Seit dem 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich kein Mitgliedstaat der EU mehr. Die Bayerische Staatsregierung bedauert den Brexit. Ich persönlich halte es für einen historischen Rückschritt; denn die europäische Integration ist ein Teil des echten zivilisatorischen Fortschritts, den wir in den letzten sieben Jahrzehnten in Europa erreicht

haben. Deshalb ist alles, was von einem geeinten Europa wegführt, ein historischer Rückschritt und bedauerlich.

Das hängt auch damit zusammen, dass die Länder in Europa, die Nationen in Europa zusammenstehen müssen, um weltpolitikfähig zu werden, um in einer Welt, in der der Westen kleiner und in der auch Europa weniger wird, und zwar schon aufgrund der Bevölkerungsentwicklungen, bestehen zu können. Wenn man sich überlegt, welchen Anteil die Europäer insgesamt am Ende dieses Jahrhunderts weltweit haben werden, und gleichzeitig überlegt, dass wir unseren European Way of Life, unsere freiheitliche Lebensweise mit Grundrechten, mit Meinungsfreiheit, mit Religionsfreiheit und wirtschaftlicher Freiheit aufrechterhalten wollen, dann ist es wichtig, zusammenzustehen, um gemeinsam weltpolitikfähig sein zu können. Deshalb ist der Austritt der Briten aus der Europäischen Union tatsächlich ein Rückschritt und bedauernswert.

Ganz interessant finde ich natürlich die Äußerungen des Kollegen Böhm, der heute ein echtes Zerrbild von Europa und auch ein Zerrbild von der Europäischen Union gezeichnet hat. Immerhin hat er heute mal zugegeben, was das eigentliche Ziel Ihrer Politik ist: nämlich tatsächlich die Zerstörung der Europäischen Union. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Ich verweise einfach einmal auf Artikel 3a der Bayerischen Verfassung, in dem es heißt:

Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Bayern arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen.

(Martin Böhm (AfD): Jetzt haben Sie gesagt, was genau drinsteht!)

Ich stelle fest: Ihre Ausführungen heute sind ein weiterer Grund, um festzustellen, dass Sie, Ihre Fraktion und Ihre Partei nicht auf dem Boden unserer Verfassung stehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Lachen bei der AfD)

Das Motto der Europäischen Union lautet: In Vielfalt geeint! Ihr Motto oder Ihr Wunsch, Ihre Vorstellung von Europa lautet: In Einfalt entzweit! Ihre dumpfe Internationale hat das Motto: Ewiggestrige aller Länder vereinigt euch!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir respektieren gleichwohl die Entscheidung der Briten. Jetzt geht es darum, die zukünftigen Beziehungen der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich zu regeln.

Die Zeit für ein solches Abkommen ist knapp. Es muss bis spätestens Ende dieses Jahres, bis 31. Dezember 2020, abgeschlossen und ratifiziert sein. Klar ist: Mit dem Brexit fällt ein wichtiger Beitragszahler für den nächsten EU-Haushalt weg. Es wird sicher noch Diskussionen geben, wie man mit diesem Ausfall umgeht. Ich sage aber auch: Pauschale Kürzungsforderungen werden uns hier auch nicht weiterbringen.

Auf Bayern hat der Brexit zurzeit noch wenig faktische Auswirkungen. Für den Übergangszeitraum haben wir mit dem Bayerischen Brexit-Übergangsgesetz eine gesetzliche Regelung gefunden. Allerdings droht erneut eine dem No Deal vergleichbare Situation, wenn bis Ende 2020 kein Abkommen über die künftigen Beziehungen existiert. Pragmatische Verhandlungen und ein zügiger Abschluss eines Abkommens über die künftigen Beziehungen sind im elementaren bayerischen Interesse. Wir brauchen Klarheit über das künftige Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Die Position der Staatsregierung ist seit jeher: Wir wollen keine Bestrafung oder bewusste Schlechterstellung des Vereinigten Königreichs oder seiner Bevölkerung für

die getroffene Entscheidung. Auch mit Vorwürfen oder Belehrungen ist niemandem gedient.

Für die Bayerische Staatsregierung steht vielmehr fest: Wir wollen das Vereinigte Königreich als wichtigen Partner nicht verlieren. Daher brauchen wir eine annehmbare Lösung für die verbleibenden Mitgliedstaaten der EU ebenso wie für Großbritannien. Entscheidend ist, dass Verhandlungen zügig und kompromissbereit geführt werden, allerdings unter Wahrung der Kerninteressen der EU.

Die schwierigste Hürde wird die Regelung zum Level Playing Field sein, also zur Frage, welche Standards und Rahmenbedingungen gelten müssen, um einen fairen Wettbewerb in ganz Europa zu gewährleisten, zum Beispiel bei Staatsbeihilfen, Steuern und öffentlichen Vergaben. Bayern unterstützt hier voll die EU-Verhandlungsposition; denn wir wollen als Ziel natürlich keinerlei Zölle, keinerlei Handelsbeschränkungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien, in beide Richtungen. Auf der anderen Seite darf es dann natürlich nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen, indem beispielsweise auf der britischen Seite staatliche Beihilfen und Ähnliches nicht nach dem europäischen Regime geleistet werden. Das sind die Fragen, die geklärt werden müssen; das ist gemeint mit Level Playing Field.

Für die Zukunft strebt die Staatsregierung möglichst enge und partnerschaftliche Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich an, sowohl zur Zentralregierung in London als auch zu den Regionen. Deshalb erarbeiten wir mit der britischen Seite gerade ein Arbeitsprogramm mit ganz konkreten Projekten, unter anderem zu folgenden Bereichen: politischer Dialog über britische Post-Brexit-Politik; innere Sicherheit, insbesondere Terrorismusbekämpfung; Zusammenarbeit und Austausch bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Gerade der Bereich innere Sicherheit ist extrem wichtig: der Datenaustausch und -abgleich, die enge Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden auch in Zukunft. Dann geht es auch um den Bereich der Mobilität, um die Zukunft der Mobilität, um Standards und Regeln. Ein Bereich, der uns sehr wichtig ist, sind Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Cybersicherheit.

Der Wissenschafts- und Forschungsdialog hat die bayerisch-britischen Beziehungen schon bisher sehr geprägt, hat aber auf der Plattform der Europäischen Union stattgefunden, mit Horizon 2020 und ähnlichen Programmen, die europäisch organisiert waren. Für diese braucht man neue Möglichkeiten. Schließlich gibt es auch den großen Bereich der Bildung, des Jugend- und Schüleraustausches und der Kultur.

Wir werden – wie es der Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vor der Europawahl schon angekündigt hat – ein Büro des Freistaats Bayern in London eröffnen. Dies wird aller Voraussicht nach im Mai geschehen. Die Vorbereitungen sind schon sehr weit gediehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Brexit hat deutlich gezeigt, dass eine Spaltung Europas die Dinge nicht einfacher, sondern eben komplizierter macht. Für die Staatsregierung ist klar: Wir wollen ein starkes Europa. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze, die Bewältigung neuer Bedrohungslagen, der Einfluss in der Staatengemeinschaft sowie der Frieden in Europa und darüber hinaus können nur mit Europa organisiert werden; und zwar nicht mit irgendeinem konfusem, nicht organisierten Europa, sondern nur mit einem Europa in einer geeinten Europäischen Union.

Wenn es immer heißt, wir sind ja für Europa, aber wir sind nicht für die EU, frage ich mich immer, für welches Europa man dann ist. Für das Europa von Flucht und Vertreibung? Für das Europa von Weltkriegen? Für das Europa von Holocaust? Für das Europa der Kleinstaaterei der letzten Jahrhunderte? Für das Europa, in dem man zwanzigmal Zoll und Währungswechsel hat, um von Frankfurt nach Rom zu kommen? – Meine Damen und Herren, das sind alles keine vernünftigen Vorstellungen. Ich würde sagen, manche davon sind auch Wahnvorstellungen von Europa. Wir wollen ein realistisches, ein gelebtes, ein zukunftsfähiges Europa. Meine Damen und Herren, dafür stehen wir auch als Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb sage ich nochmals in aller Deutlichkeit: Wir brauchen das Vereinigte Königreich. Wir werden alles dafür tun, um die partnerschaftlichen Beziehungen auch zwischen Bayern und dem Vereinigten Königreich zu pflegen und auszubauen. Bayern und Briten sind Freunde und werden Freunde bleiben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch am Pult. – Der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Minister, ich danke Ihnen für den Hinweis auf die Bayerische Verfassung; denn genau dort wird eben von einem Europa gesprochen und eben ganz ausdrücklich nicht von einem EU-Superstaat, den viele aus Ihren Reihen uns vorsetzen mögen. Ich persönlich halte die EU in der jetzigen Verfasstheit für nicht reformierbar. Ich werde alles dafür tun, gegen diese EU und gegen die Manifestierung der Begebenheiten in dieser EU anzugehen.

(Zuruf: Sie haben von Zerstörung gesprochen!)

Mag es auch bei uns in der Partei den einen oder anderen geben, der die leise Meinung hat, es gäbe irgendetwas zu reformieren, so bin ich nicht der Meinung, dass wir in der EU, noch dazu in der Zeit der jetzigen Kommissionspräsidentschaft, irgendetwas zum Positiven verändern können.

(Beifall bei der AfD – Christian Flisek (SPD): Angst und Pessimismus sind dahinter!)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Kollege Böhm, ein Blick ins Gesetz fördert die Rechtskenntnis. Ich zitiere es gerne noch einmal. In Artikel 3a der Bayerischen Verfassung steht nämlich – –

(Dr. Ralph Müller (AfD): Schauen Sie mal öfter rein!)

– Vielleicht muss ich auch in die Insolvenzordnung reinschauen, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In Artikel 3a der Bayerischen Verfassung steht – ich lese es einfach noch mal vor, weil Sie es vorher offenbar nicht gehört hatten: "Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa",

(Martin Böhm (AfD): Europa, nicht die Europäische Union!)

nicht zu diesem Europa, das Sie sich vielleicht vorstellen, und auch nicht zu dieser Welt von gestern, die Sie verherrlichen und die keinerlei Antworten haben wird auf die Herausforderungen, die wir gemeinsam lösen müssen, was die Fragen der Wirtschaft betrifft.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wer verherrlicht die alte Welt von gestern?)

Auch die weltweite Friedenssicherung funktioniert nur in einem geeinten Europa, in einem Europa, wie wir es kennen, das man auch immer weiterentwickeln muss, das man auch reformieren muss, das man aber nicht zerstören darf. Sie sind da völlig falsch gewickelt.

(Zuruf von der AfD: Wir wollen es nicht zerstören! Nehmen Sie das zurück!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/6157 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/6209 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum dritten Dringlichkeitsantrag.